

ANTRAG

der Fraktion DIE LINKE

Auswirkungen von Corona entgegenzutreten - Kinder endlich in den Blick nehmen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Corona-Pandemie stellt insbesondere für Kinder und Jugendliche eine große Belastung dar. Soziale Kontakte mit Freunden und Familienmitgliedern mussten auf ein Minimum reduziert werden. Jugendclubs waren geschlossen. Die Förderung in Kindertageseinrichtungen war in den letzten Monaten nur eingeschränkt oder gar nicht möglich. Familien waren finanziell und emotional sehr belastet. Die Folgen sind noch nicht absehbar. Bei alledem wurden Kinder und Jugendliche beziehungsweise ihre Interessenvertretungen in politische Prozesse zur Erarbeitung und Verabschiedung der Corona-Maßnahmen nicht eingebunden. Die Monitoring-Stelle UN-Kinderrechtskonvention des Deutschen Instituts für Menschenrechte hat zum 31. Oktober 2020 dazu festgestellt, dass die Verwirklichung der Kinderrechte in Deutschland mit Beginn der Corona-Pandemie erhebliche Rückschritte erlitten hat.

II. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, für die Umsetzung folgender Punkte zu sorgen:

1. Die individuellen Problemlagen der Kinder müssen ermittelt werden. Hierfür ist zunächst ein Screening von besonders belasteten Kindern und Jugendlichen in Kitas im Rahmen der Portfolioarbeit durchzuführen, Präventions- und Behandlungsmöglichkeiten zu initiieren. Informations- und Fortbildungsmöglichkeiten für Erzieherinnen und Erzieher sind hierfür anzubieten. Weiterhin ist die Kinder- und Jugendarbeit, die Kinder und Jugendliche bei der Bewältigung ihrer Probleme unterstützt, auszubauen.

2. Der durch Corona verschärften Kinderarmut muss effektiv begegnet werden. Zunächst müssen bedürftige Kinder und Jugendliche unbürokratisch mit digitalen Endgeräten ausgestattet werden. Leistungen, wie das kostenfreie Mittagessen nach dem Bildungs- und Teilhabepaket, müssen unbürokratisch durch eine direkt auszahlende Geldleistung ersetzt werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf der Bundesebene für eine Kindergrundsicherung für alle Kinder einzusetzen.
3. Der Kinderschutz ist nachhaltig zu verbessern. Es sind zielgruppenspezifische und niederschwellige Angebote der Prävention und Gesundheitsförderung für Kinder und Jugendliche, insbesondere aus sozial schwächeren Schichten zu schaffen. Hierfür sind die Kinder- und Jugendhilfestrukturen zu stärken, um die gesundheitlichen und armutsbedingten Nachteile in der Persönlichkeitsentwicklung abzufangen. Weiterhin ist die Stelle eines unabhängigen Kinderbeauftragten einzuführen.
4. Beteiligungs- und Mitbestimmungsmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche sind auszubauen. Die Rechte von Kindern und Jugendlichen als solche müssen in die politischen Entscheidungsprozesse zur Pandemiebekämpfung einfließen. Dazu muss ein gezielter Aus- und Aufbau von Interessenvertretungen von Kindern und Jugendlichen auf der Ebene des Landes stattfinden, damit ihre Meinungen nicht erneut ungehört bleiben.

Simone Oldenburg und Fraktion